

Bremens bestes Bild

Mario Wezel erhält den Bremer Fotopreis 2014/2015 für das Pressefoto des Jahres. Wezel arbeitete unter anderem für den WESER-KURIER. Die Jury: „Das Foto wirft ein politisches Schlaglicht auf eine der ältesten Bremer Institutionen, die Schaffermahlzeit. Die eigentlichen Protagonisten, die Herren in Frack oder Smoking, stehen zwar vorn im Bild, werden jedoch durch den Ausschnitt und die leichte Unschärfe vom Vordergrund in den Hintergrund geschoben. Die Damen auf der Empore hingegen werden durch den fokussierten Blick des Fotografen zum wesentlichen Element des Bildes.“ SAD-FOTO: MARIO WEZEL
Thema Seite 3



Grünes Licht für den Wesertunnel

Wichtige Großprojekte für Bremen und Niedersachsen sind im neuen Bundesverkehrswegeplan berücksichtigt

VON ALICE ECHTERMANN UND NORBERT HOLST

Bremen-Hannover. Die Länder Bremen und Niedersachsen sind im neuen Bundesverkehrswegeplan 2030 gut weggekommen. Die wichtigsten Projekte haben es unter die rund 1000 Langzeit-Vorhaben geschafft, die ein Gesamtvolumen von 264,5 Milliarden Euro haben. Bremens Verkehrsminister Joachim Lohse (Grüne) erklärt: „Aus Bremer Sicht ist der neue Bundesverkehrswegeplan ein voller Erfolg.“

Wichtigstes Projekt ist die Weseruntertunnelung der A 281, für die im Plan 260,4 Millionen Euro stehen. Der Bund hat den Tunnel als Baumaßnahme mit „vordringlichem Bedarf“ eingestuft, was eine vergleichsweise schnelle Realisierung leichter macht. „Damit können der Autobahnringchluss um Bremen vollzogen, die Bremer City entlastet und Wirtschaftsverkehr besser vernetzt werden“, betont Lohse. Ebenfalls im Plan enthalten ist die Anbindung der A 281 an die A 1 an der Anschlussstelle Bremen-Brinkum. „Beide Projekte haben mit der ersten Bewertung des Bundesminis-

teriums für Verkehr schon eine sehr hohe Hürde genommen“, sagt die Bremer Bundestagsabgeordnete Bettina Hornhues (CDU) dazu.

Mit Vorrang ist auch die lange Zeit als Y-Trasse bezeichnete neue Schienen-Variante Alpha E eingestuft worden. Sie soll den Bahnverkehr zwischen Bremen, Hamburg und Hannover entlasten. Durch den Ausbau bestehender Strecken versprechen sich die Planer unter anderem eine Entlastung des Bremer Bahnknotens. „Diese Maßnahme ist für Bremen enorm wichtig“, betont auch Verkehrs-Staatssekretär Enak Ferlemann.

Der aus Cuxhaven stammende CDU-Politiker sieht im Bundesverkehrswegeplan einen „klaren Schwerpunkt im Norden“, unter anderem durch eine bessere Anbindung der Seehäfen. „Dadurch profitiert unsere Region in besonderer Weise und das auch völlig zurecht.“ Niedersachsens Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) sieht das ähnlich: „Der Plan enthält sehr wichtige Weichenstellungen für den Norden.“ Allein beim Neu- und Ausbau der Bundesfernstraßen sind in Niedersachsen Investi-

tionen in Höhe von rund 6,4 Milliarden Euro vorgesehen. In die Kategorie „vordringlicher Bedarf“ haben es auch die Küstenautobahn (A 20) und die A 39 Wolfsburg-Lüneburg geschafft. Die Küstenautobahn ist allerdings nicht als Engpassbeseitigung eingestuft worden, die Kategorie höchster Priorität. Ebenfalls auf der Prioritätenliste Niedersachsens stand die Alpha-Variante, für die 2,5 Milliarden Euro eingeplant sind.

Mit dringendem Bedarf sind auch die geplanten Ortsumgehungen für Ritterhude (B 74 neu), Zeven und Groß Mackenstedt berücksichtigt worden. Der Bau der neuen Bundesstraße 212 zwischen Delmenhorst und Lemwerder erhielt aber nur die Priorität „weiterer Bedarf mit Planungsrecht“. Er werde damit weniger wahrscheinlich, erklärt Stefan Wittke, Sprecher im niedersächsischen Verkehrsministerium. Man habe sich mehr erhofft. „Das gehört zu den Punkten, die wir uns noch mal genauer anschauen werden.“ Über die Strecke war es zwischen Bremen und Niedersachsen zu Verstimmungen gekommen.

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) lobt den neuen Bundesver-

kehrswegeplan als „das stärkste Investitionsprogramm für die Infrastruktur, das es je gab“. Mit dem Plan steckt der Bund den längerfristigen Rahmen für seine Investitionen ab, in diesem Fall für den Zeitraum bis 2030. Rund 1000 Projekte wurden berücksichtigt, die Länder hatten 2000 Maßnahmen angemeldet. Nach Aussage Dobrindts setzt der Plan klare Prioritäten: „Wir stärken das Prinzip Erhalt vor Neubau.“ 69 Prozent der veranschlagten Gesamtinvestitionen in Höhe von 264,5 Milliarden Euro fließen in den Erhalt der Infrastruktur.

Herbert Behrens, Bundestagsabgeordneter der Linken aus Osterholz-Scharmbeck, kritisiert indes eine „einseitige Orientierung“ auf Straßenbauprojekte im Bundesverkehrswegeplan. Das Ziel, mehr Güterverkehr auf die Schiene zu bringen, werde auf diesem Weg nicht erreicht. Grünen-Bundestagsfraktionschef Anton Hofreiter vermisst in Dobrindts Plänen vor allem politischen Mut. „Mit Blick auf 2030 müsste der Plan eine andere Vision von Vernetzung in Deutschland entwerfen – mit deutlicher Weichenstellung für Schiene, E-Mobilität und Fahrrad.“ **Kommentar Seite 2**

Merkel verteidigt Türkei-Abkommen

Berlin-Rom. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat für das umstrittene EU-Flüchtlingsabkommen mit der Türkei gewonnen und weitere Milliardenhilfen in Aussicht gestellt. Ein EU-Beitritt des Kandidatenlandes stehe aber „nicht auf der Tagesordnung“, sagte Merkel in einer Regierungserklärung zum Brüsseler EU-Türkei-Gipfel an diesem Donnerstag und Freitag. Auch für die von Ankara geforderten Visa-Erleichterungen gebe es Bedingungen, betonte Merkel am Mittwoch im Bundestag. Die Opposition warnte vor zu großen Zugeständnissen an die Türkei.

Unterdessen haben Schiffe der deutschen Marine und der italienischen Küstenwache vor der libyschen Küste binnen weniger Tage mehr als 3000 Flüchtlinge aus Seenot gerettet. Die meisten von ihnen wurden am Mittwoch von den italienischen Behörden im Kanal von Sizilien in Sicherheit gebracht. Drei Menschen konnten jedoch nur noch tot geborgen werden.

Wie die Bundeswehr mitteilte, nahm der Einsatzgruppenversorger „Frankfurt am Main“ am Dienstag 361 Menschen aus Schlauchbooten auf. Anschließend übernahm die Besatzung noch 254 Menschen, die von einem britischen Schiff aus Seenot gerettet worden waren. Damit befanden sich seit Dienstagabend insgesamt 615 gerettete Flüchtlinge an Bord des deutschen Schiffes. Sie sollen den italienischen Behörden übergeben werden. DPA
Standpunkt Seite 2-Thema Seite 4

BREMEN

Trend zu Gymnasien bei der Schulwahl 2 und 9

Die große Mehrheit der künftigen Fünftklässler kann in Zukunft die Schule besuchen, die ihre Eltern für sie ausgewählt haben. Doch das Schulwahlergebnis hat auch viele Enttäuschungen hervorgebracht.

WIRTSCHAFT

Zusammenschluss mit vielen Vorteilen 17

Die Übernahme des Bankhauses Neelmeyer durch die Bremer Kreditbank ist eine gute bremische Lösung, finden die Vorstandschefs beider Institute. Wo die Vorteile liegen, erklären sie im Interview.

SPORT

Vettel und die Silberpfeile 25

Am Sonntag beginnt im australischen Melbourne die neue Formel-1-Saison. Mercedes-Pilot und Weltmeister Hamilton gilt abermals als Favorit, doch Stallrivalen Rosberg und auch Ferrari-Fahrer Vettel machen Druck.

BREMEN

Kleine Eisbärin heißt jetzt Lili 9

Die kleine Eisbärin aus dem Zoo am Meer in Bremerhaven hat jetzt einen Namen. Eine Jury wählte aus 3600 Zuschriften den Namen Lili aus. Lili ist die Schwester von Lale, somit lag die Auswahl nah: Die in Bremerhaven geborene Sängerin Lale Andersen sang einst von „Lili Marleen“.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	5	Rätsel & Roman	19
Fernsehen	28	Tipps & Termine	20
Lesermeinung	27	Veranstaltungsanzeigen	6

Innere Sicherheit hat Priorität

Bremen. Wenn es um die Frage geht, ob die Polizei in Bremen überlastet ist, sind sich Fraktionen und Abgeordnete der Bürgerschaft nahezu einig: Ja, die Belastung ist groß. Über 300.000 Überstunden schieben die Beamten vor sich her. Wie sie ausgeglichen werden können, ist angesichts der knappen Personaldecke unklar. Vorschläge und Forderungen, welche Aufgaben die Polizei weiter übernehmen muss, welche sie abgeben könnte, hat es am Mittwoch im Plenarsaal reichlich gegeben.

Dass innere Sicherheit inzwischen für alle Parteien offenbar ein wichtiges Thema geworden ist, haben aber nicht nur die Wortbeiträge der Abgeordneten in der aktuellen Sitzung erneut gezeigt. Auch Innenminister Ulrich Mäurer (SPD) bekennt im Interview mit dem WESER-KURIER: „Es hat nach der Wahl im vergangenen Jahr einen Politikwechsel gegeben.“ Das Thema Sicherheit habe massiv an Gewicht gewonnen. Mit Blick auf die Gruppe krimineller unbegleiteter minderjähriger Ausländer betonte Mäurer erneut, dass die Täter gleich nach Erreichen ihrer Volljährigkeit abgeschoben werden sollten. Er unterstütze den Bundesinnenminister bei dem Bemühen, mit den entsprechenden nordafrikanischen Ländern Rücknahmen zu vereinbaren. Man habe auch die Polizeipräsenz an neuralgischen Punkten in der Stadt erhöht, damit sich Bürgerinnen und Bürger wieder sicherer fühlten. FIS
Bericht und Interview Seite 10

ANZEIGE

SONNTAG FRÜHLINGSFEST

• Gartenfest zu Sommerferien
• Zelte, Grills und Campingbedarf

verkaufsoffener Sonntag
von 12-18 Uhr

Freizeitwelt
FREIZEITWELT-DREYE DE
für Garten, Urlaub und unterwegs

Basta, Volkspartei!



Moritz Döbler
über CDU und AfD

Für Gerhard Schröder ist klar, wer die Schuld am Erstarken der AfD trägt: Angela Merkel und ihre Politik der offenen Grenzen. „Der radikale Kurswechsel hat die bürgerlichen Wähler verunsichert“, sagt der Basta-Kanzler. Das stimmt nur halb. Merkel ist zwar schuld, aber es geht nicht nur um Flüchtlingspolitik. Der beschleunigte Atomausstieg, die Frauenquote, das Ende der Wehrpflicht sind Beispiele für eine Politik der CDU-Kanzlerin, die am rechten Rand ein Vakuum hinterließ, das sich nun füllt. Schröder dürfte das kaum überraschen. Seiner SPD ist das am linken Rand zweimal passiert: erst mit den Grünen, später mit der Linken, die sich beide zu einem großen Teil auf frühere SPD-Wähler stützen.

Die Folgen sind bis heute spürbar: Auf 22 Prozent käme die SPD laut Forsa, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, Grüne und Linke lägen bei je zehn Prozent. Auf der anderen Seite des Spektrums käme die CDU/CSU auf 35 Prozent, die AfD auf elf Prozent. Es zeigt sich: Die beiden Volksparteien sind keine mehr – sie sind geschrumpft, haben sich einander in der Mitte angenähert. „Die Demokraten müssen sich mit den politischen Extremen inhaltlich auseinandersetzen, aber unser Land hält das aus“, sagt Schröder.

Stimmt. Aber richtig ist auch: Koalitionen von Union und SPD dürften zunehmen. Man sollte sie vielleicht nicht mehr groß nennen. In Baden-Württemberg wäre eine große Koalition grün-schwarz. moritz.doebler@weser-kurier.de

KOPF DES TAGES

Grigory Sokolov



Der russische Pianist Grigory Sokolov gibt sich geheimnisumwoben: Interviews mit ihm sind rar gesät, er spielt nicht mit anderen Musikern zusammen und geht zudem nie in Aufnahmestudios. Sein Ruhm gründet sich allein auf seine Auftritte. An diesem Donnerstag spielt Sokolov in der Glocke Schumann und Chopin. SHE

LOTTO

6 aus 49 9 11 26 29 35 46 6
Spiel 77 8657099 Super 6 * 631080
(Ohne Gewähr)

WETTER

Tagsüber 11° Nachts 2° Niederschlag 10%

Viel Sonne
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

